



Petition gegen Facebook-Nutzung eingereicht

Datenschützer wenden sich an den Niedersächsischen Landtag

Wie vor zehn Tagen angekündigt [\[1\]](#), haben besorgte Bürgerinnen und Bürger heute eine Petition gegen den Einsatz von Steuergeldern zur Unterstützung gewinnorientierter Kommunikations-Netzwerke eingereicht.

In der vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Hannover [\[2\]](#) initiierten Petition [\[3\]](#) fordern die Unterzeichner den sofortigen Rückzug aller Ämter, Behörden und staatlich finanzierten Gesellschaften aus Facebook, Google+ und anderen so genannten "Sozialen Netzwerken".

Insbesondere Polizeibehörden sollen laut der Petition keine Facebook-Fanseiten mehr unterhalten dürfen. Derartige Seiten würden den Eindruck vermitteln, die Nutzung solcher von profitorientierten Firmen betriebenen Netzwerke sei ungefährlich oder gar empfehlenswert. Der Petitionstext attestiert den bisherigen Facebook-Aktivitäten der Hannoverschen Polizei Rechtswidrigkeit und mangelnde Verhältnismäßigkeit und warnt zudem vor unerfreulichen Entwicklungen unserer Gesellschaft, sollte die Behördenpräsenz in "Sozialen Netzwerken" zunehmen.

Unterstützung erfahren die Petenten durch ähnliche Forderungen von zahlreichen Datenschutzbehörden:

- Bremer Datenschutzbeauftragte kritisiert den Umgang vieler Behörden und Kommunen mit Sozialen Netzwerken (17.3.2012) [\[4\]](#)
- Hessischer Datenschutzbeauftragter: Staatliche Stellen sollen Facebook meiden (20.3.2012) [\[5\]](#)
- Datenschutzbeauftragte von Hamburg und Schleswig-Holstein verstärken Kritik an Facebook (21.3.2012) [\[6\]](#)

In einem Blogbeitrag des AK Vorrats [\[7\]](#) mahnen die Organisatoren der Petition:

"Mit der Unterstützung der Forderung würden die Parteien und Politiker des Niedersächsischen Landtags ein deutliches Signal zur Trendumkehr setzen.

Es wäre ein erster Schritt in Richtung eines stärkeren öffentlichen Bewusstseins darüber, dass nicht Geld, sondern private Daten das Zahlungsmittel der "digitalen Welt" sind. Mit diesem Zahlungsmittel sollte man entsprechend sorgsam, nachhaltig und bedacht umgehen."

Verweise

[1]

http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/20120316_Pressemitteilung_AK_Vorrat_Hannover_-Keine_Steuergelder_fuer_Facebook.pdf

[2]

<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

[3]

<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Facebook-petition.pdf>

[4]

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Vermischtes/554307/Sommer-warnt-vor-Sorglosigkeit.html>

[5]

<http://www.echo-online.de/nachrichten/landespolitik/Datenschutzbeauftragter-Staatliche-Stellen-sollen-Facebook-meiden;art175,2725118>

[6]

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Datenschuetzer-verstaerken-Kritik-an-Facebook-1477419.html>

[7]

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/557/189/lang/de/>

Der **Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung** („AK Vorrat“) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von freiheitsliebenden Menschen und Fachleuten aus Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen. Der Ursprung des Arbeitskreises ist die gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, an der sich über 34.000 Bürger beteiligt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 2. März 2010 der Klage stattgegeben und das Gesetz in der bestehenden Form als verfassungswidrig erklärt.

In regionalen „Ortsgruppen“ engagieren sich die einzelnen Mitglieder darüber hinaus in weiteren Aktivitäten rund um das Thema Datenschutz, Bürger- und Menschenrechte – meistens mit dann regionalem Bezug.

Mehr über den AK Vorrat gibt es unter: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Nähere Informationen über die Ortsgruppe Hannover im AK Vorrat finden Sie unter: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Pressekontakt

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Hannover

c/o Michael Ebeling

Kochstraße 6

30451 Hannover

01577 / 39 19 170

og-hannover@vorratsdatenspeicherung.de